Israel – ein gescheiterter Staat?

von Reiner Bernstein[1]

Von den drei verschleppten israelischen jungen Männern Naftali Fraenkel, Gilad Sha'ar und Eyal Yifrach aus dem Religionsseminar „Shavei Hebron" („Rückkehrer nach Hebron") am 12. Juni fehlt jede Spur. Die Behauptung „Wir sind doch hier zu Hause" sowie die Ermunterung ortansässiger Rabbiner, die Fahrten per Anhalter fortzusetzen, gehören zum Programm Benjamin Netanjahus und seiner Koalition, große Teile der Westbank förmlich zu annektieren. Nach den Massenverhaftungen und den Razzien stehen bei den Palästinensern die Zeichen auf Rot.

Mit der Ablehnung des Ausgleichs mit dem palästinensischen Volk eine angemessene Chance einzuräumen, könnte auch Israel das Schicksal eines „failed state" teilen. Im Jahr 2006 wollte Gilead Sher, der frühere Bürochef von Ehud Barak, davon nichts wissen. Doch die Bürgerkriege in Syrien und im Irak mit ihren willkürlichen Grenzziehungen seit dem Ersten Weltkrieg liegen nur einige hundert Kilometer entfernt, und die dortigen Auslaufmodelle werden von den Palästinensern aufmerksam registriert. Der politische Westen wird sich schwertun, Israel zu Hilfe zu eilen, denn die ganze Welt sei der israelischen Regierung müde, titelte Gideon Levy in „Haaretz".

Wenn im Jahr 2020 nicht weniger als 44 Prozent der Gesamtbevölkerung zwischen Mittelmeer und Jordan Palästinenser sein werden, lassen sich ihre kollektiven Rechtsansprüche endgültig nicht länger zügeln. Netanjahu will diese Konsequenz gewaltsam verhindern, während von Reuven Rivlin, dem designierten Staatspräsidenten, bekannt ist, dass er einen souveränen Staat in

[1] Abgeschlossen am 25.06.2014.

der Westbank ebenfalls ablehnt, aber den Palästinensern immerhin individuelle Rechte zugestehen will.

Tel Aviv oder Jerusalem

Die religiös-moralische Überlegenheit lasse sich offenkundig nur unter den Bedingungen von Verfolgung und Pogrom sowie politischer Abhängigkeit im Exil aufrechterhalten, hat einst der normativ-orthodoxe Neurophysiologe Yeshayahu Leibowitz beklagt, nachdem das israelische Militär im Oktober 1953 bei einem Vergeltungsschlag gegen ein arabisches Dorf in der Westbank mehr als 50 Personen getötet und 40 Häuser zerstört hatte. Nach 1967 gründete Leibowitz‘ Plädoyer für den Rückzug aus den besetzten Gebieten nicht auf der Erwartung des Friedens, vielmehr sah er den Staat durch Annexionsgelüste gefährdet.

Die für den 08. Juli in Tel Aviv geplante „Israel Conference on Peace“, die mit der gesamten politischem Bandbreite an Vortragenden aufwartet und die seit langem ausgebucht ist, könnte Aufschluss über den künftigen Kurs geben – wenn für eine Umkehr nicht alles zu spät kommt. Das zum politischen Eskapismus neigende Tel Aviv ist nicht Jerusalem, wo politisch die Musik spielt, so dass zu befürchten steht, dass sich die Regierung entgegen dem Drängen außerparlamentarischer Kräfte für jene politische Pathologie entscheidet, die die Verweigerung des Anspruchs von 1948, Staat aller seiner Bürger sein zu wollen, auf die Westbank verlängert, nachdem im Sommer 1980 Ost-Jerusalem annektiert worden war.

„Vertraut dem Mufti“

Alles wird davon abhängen, ob und wann die jüdische Öffentlichkeit und die israelische Regierung endlich begreifen, dass der einzige Ausweg aus der selbstverschuldeten Zwangslage, zu der die internationale Isolation, die wachsenden Sympathien für BDS-Kampagnen („Boykott, De-Investment, Sanktionen“) und nun jüngste Warnungen aus Paris, Madrid und Rom an die Adresse französischer Firmen gehören, in den palästinensischen Gebieten tätig zu werden, auf die Einsicht zulaufen muss, dass – es sei in dieser Stelle wiederholt – beide Völker in jenen 26.000 Quadratkilometern auf eine integrierte Gesellschaft verwiesen sind, in denen die Sphären der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit verankert sind.

Von David Ben-Gurion ist der Satz „Vertraut Amin Al-Husseini“ überliefert: Die Unberechenbarkeit des Mufti von Jerusalem, der ironischerweise 1921 von den britischen Mandatsbehörden unter Führung des jüdischen Hochkommissars Herbert Samuel eingesetzt wurde, werde der zionistischen Führung immer wieder die volle Legitimität zum eigenen Handeln liefern.

Ein Dreivierteljahrhundert später hat Netanjahu diese Prophezeiung umgekehrt: Auf seine Politik der vollendeten Tatsachen ist Verlass. Anfang der 1990er Jahre hieß es in Washington spöttisch, dass Außenminister James Baker von seinen Vermittlungstouren mit zwei neuen Siedlungen zurückkam. Von ähnlichen Erfahrungen mit Ministerpräsident Menachem Begin hatte 1982 Jimmy Carter berichtet.

Fällt der internationalen Diplomatie mehr ein als die übliche Ingangsetzung des Krisenmanagements? Eine erneute Ankündigung größerer Verantwortung? Mit welchem Ziel?

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-